

Editorial

20 Jahre Mauerfall – es bleibt noch viel zu tun

Als der Sozialismus 1989 mit dem Mauerfall unterging und die DDR kapitalistisch wurde, traten die im Vergleich zu den alten Bundesländern gewaltigen Defizite im wirtschaftlichen Entwicklungsstand, der Infrastrukturausstattung und der Umweltpolitik überdeutlich zu Tage. Sie machten sich vor allem in Form von rasch steigender Arbeitslosigkeit und einer anhaltend hohen Abwanderung vor allem von jüngeren Menschen in die alten Bundesländer bemerkbar. Deshalb lautet der Maßstab der Wiedervereinigung bis heute weitgehend gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West – so nachzulesen in Kapitel 6 „Deutsche Einheit“ des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und FDP.

Haben sich die großen Erwartungen und Hoffnungen, dass mit der Deutschen Einheit eine rasche Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse stattfindet, „blühende Landschaften“ entstehen, erfüllt? 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ergibt eine Zwischenbilanz ein gemischtes Bild. Zweifellos sind in vielen Bereichen wie Wohnen, Umwelt, Infrastruktur die Fortschritte unübersehbar – nicht zuletzt Dank der enormen finanziellen Aufwendungen und Anstrengungen des Bundes. Die Verbesserungen im Wohn- und Wohnumfeldbereich, der Umweltsituation, der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge, werden auch von der Bevölkerung anerkannt. Gleichwohl haben sie aber nicht entscheidend zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Ost und West aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger beitragen können.

Umfragen belegen, dass sich die noch immer bestehenden Ost-West-Disparitäten der subjektiven Lebensqualität relativ deutlich auf die unterschiedliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen Arbeitsmarktsituation zurückführen lassen. Betrachtet man das (nominale) Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, so liegt dieses derzeit bei knapp 71 % des westdeutschen Durchschnittswertes (1991 waren es erst 43 %). Bedenklicher noch ist aber, dass sich der Abstand seit 1997 praktisch nicht mehr verringert hat. Und auch die Arbeitslosenquote ist mit 15 % noch immer doppelt so hoch. Trotz der enormen Finanztransfers von West nach Ost bleibt also die wirtschaftliche Transformation im Osten Deutschland unvollendet. Die Steigerung der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bleiben die zentralen Ziele für den Aufbau Ost.

Laut Koalitionsvertrag sollen allerdings die Förderinstrumente für den Aufbau Ost evaluiert werden, um die Wirksamkeit der Förderung insbesondere

für Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen. Die Gießkanne als Instrument der Wirtschaftsförderung dürfte künftig ausgedient haben. Schon seit einiger Zeit setzt die Wirtschafts-/Innovationsförderung u. a. verstärkt auf die Cluster-Strategie, auf Kooperationen von Firmen und Forschungseinrichtungen in ausgewählten Branchen und Technologiefeldern. Nach Ansicht vieler Experten ist der Clusteransatz ein Erfolgsfaktor auf dem Weg von der Industrie- in die Wissensgesellschaft. Wissenschaftliche Beiträge dazu bilden auch einen Schwerpunkt in diesem Heft.

So versuchen Alexander Kubis, Matthias Brachert und Mirko Titze als „empirische Clusterforscher“ in ihrem Beitrag, „horizontale und vertikale industrielle Clusterstrukturen in Deutschland“ mittels einer qualitativen Input-Output-Analyse zu identifizieren. Sie stellen fest, dass noch nicht einmal die Hälfte aller Arbeitsmarktregionen über einschlägige industrielle Clusterstrukturen verfügt. In einem weiteren empirischen Beitrag „Industrielle Cluster als Ursache regionaler Prosperität?“ gelingt ihnen der Nachweis von Wachstumseffekten durch industrielle Cluster, parallel zu einem gesamtdeutschen Konvergenzprozess ebenso wie zu einem spezifischen Ost-Konvergenzprozess. Schlussfolgernd stellen sie fest, dass sich speziell in Ostdeutschland aber der relative Mangel an industriellen Clustern aus derzeitiger Sicht nachteilig auf das Wachstumspotenzial der Regionen auswirkt und eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung erschwert.

Liebe Leserinnen und Leser, zuletzt noch ein Wort „in eigener Sache“: Vor vier Jahren, 2006, sind die von den Herausgebern benannten verantwortlichen neuen Schriftleiter von RuR, Andreas Klee (ARL) und Hans-Peter Gatzweiler (BBR) angetreten. Ihr Ziel war es, die RuR als interdisziplinäre wissenschaftliche und gleichwohl praxisorientierte Zeitschrift weiterzuentwickeln, was auch Neuerungen bedingte. Eine Neuerung war die Einführung eines regelmäßigen Editorials. Zum Jahresende 2009 wird sich – wie bekannt – das BBSR im BBR aus der Herausgabe und Mitfinanzierung von RuR zurückziehen. Damit geht für die beiden Schriftleiter eine kurze, für die beiden bisherigen Herausgeber eine lange Zeit guter und erfolgreicher Zusammenarbeit zu Ende.

Die neuen Herausgeber stehen dafür ein, „Raumforschung und Raumordnung“ als die einzige deutsche interdisziplinär konzipierte raumwissenschaftliche Fachzeitschrift mit höchsten Qualitätsmaßstäben weiterzuentwickeln und damit zu einem Transfer

Editorial

neuen Wissens und Denkens wie zu einer konstruktiven Diskussion aktueller Themen beizutragen.

Wir wünschen auf diesem Weg viel Erfolg und würden uns freuen, wenn Sie der RuR als Leserinnen und Leser treu bleiben, Sie RuR weiter mit Gewinn für Ihre Arbeit – sei es in der Forschung, sei es in der Praxis – lesen und so teil-

haben am nationalen und internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch.



Wie immer wünschen wir allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre und ein Stück Erkenntnisgewinn, sei es für die Forschung oder für die Praxis.

Ihre

Andreas Ullrich, Hans-Peter Jochims